

Den Glauben an die eigene Wirksamkeit fördern

Die Bedeutung der Schule für demokratische Bildung von Birgitta M. Schulte

»Nicht ins Jüdische Museum!«, bittet die Achtzehnjährige kurz vor dem Abitur. »Wir hatten in letzter Zeit so viel Judenverfolgung und Naziterror im Unterricht.« Der Politikunterricht hinterlässt die Jugendlichen oftmals anders als intendiert. Überfüttert statt interessiert. Gelangweilt statt motiviert. Weit entfernt von eigenem politischem Engagement. Muss die Freiheit, nicht mitmachen zu wollen, jeder zugestanden werden, oder macht die Schule etwas falsch?



Stuttgart: Großdemo

Politisches Engagement führt zu politischer Bildung, nicht umgekehrt!« Der Politikwissenschaftler Günter Metzges, Mitgründer der Aktionsplattform Campact, setzt ein Ausrufungszeichen hinter diesen Satz. Kann die Schule also gar nichts bewirken? »Prinzipiell schon«, sagt Kerstin Pohl, die an einer Fachoberschule unterrichtet und an Universitäten zu Methoden politischer Bildung gelehrt hat. »Der Politikunterricht will Wissen ebenso vermitteln wie die Fähigkeit zum politischen Urteilen und Handeln. Solches Handeln darf man aber nicht erzwingen – schon gar nicht in einem benoteten Schulfach.« Die Mädchen und Jungen müssen Interesse an politischen Vorgängen entwickeln können. Sie brauchen Wertüberzeugungen wie Gerechtigkeit, Freiheit und dass es wichtig ist, sich zu engagieren. Selbstbewusstsein ist verlangt, die Selbstgewissheit: Meine Meinung zählt. Und vor allem die Überzeugung: Es nützt, wenn ich mich einmische. »Diese Selbstwirksamkeitsüberzeugung ist zentral, das zeigen empirische Untersuchungen«, sagt Pohl, die heute am Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig arbeitet.

Der Glaube an die eigene Wirksamkeit kann entstehen, wenn Kinder und Jugendliche das Schulleben, die Schulgemeinde mitgestalten. »Mit-Gestaltung festigt aber nicht genug«, sagt

Brigitte Geißel, Politikprofessorin in Frankfurt. Es braucht echte Mitspracherechte, schon für die ganz Kleinen. Sie müssen die Raumaufteilung im Kindergarten bestimmen können oder welche Spielgeräte im Park aufgestellt werden. In echt und ganz im Ernst. »Am besten ist die Verzahnung von politischer Bildung im Unterricht und außerschulischen Mitspracherechten«, so Geißel. Solche Ansätze der »Community Education«, der Stadtteilschule, sind in Deutschland über Anfänge nie hinausgekommen. »Im Gegensatz zu Skandinavien, wo die Verantwortung für den Einstieg der Jugendlichen in die Gesellschaft den Kommunen überantwortet ist, sind die Kommunen in Deutschland von den Ländern abhängig, vor allem finanziell. Sie können nicht selbstständig politisch agieren«, erklärt Jutta Roitsch, ehemalige Bildungsredakteurin der *Frankfurter Rundschau*.

Zudem: Wenn Mitsprache gewährt wird, wenn die Entscheidung von Mädchen und Jungen wirklich zählt, ist das gleichbedeutend mit dem Verlust an Kontrolle über die SchülerInnen. Das ist ein tiefer liegender Grund dafür, dass Mitspracherechte nicht gewährt werden. Die Erwachsenenwelt bräuchte mehr Gelassenheit. »Den Kindern muss der Druck genommen werden«, meint Roitsch, die vierzig Jahre Bildungsgeschichte überblickt. »Das ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass sie Interessen entwickeln, die über die Faszination technischer Spielzeuge hinausgehen.« In den Schulen herrscht ein immenser Zeitdruck, durch das »Turbo-Abitur« zum Beispiel, es herrscht aber auch ein ungeheurer Leistungsdruck.

Natürlich gibt es Jugendliche, die sich politisch und sozial engagieren. Doch machen sie unter den »Milieus«, die die Sinus-Jugendstudie 2012 definiert, die zweitkleinste Gruppe aus. Sie, die »Sozialökologischen« mit ihrer altruistischen Grundhaltung, finden Vereine, Verbände, Kirche und selbst die Schule interessant für ihr Engagement »gegen« etwas. Sie sehen dort die Möglichkeit, starke kritische Positionen zu entwickeln. Sie übernehmen gern die Meinungsführerschaft. Die

»Konservativ-Bürgerlichen« dagegen wollen sich allenfalls »für« und nicht »gegen« etwas engagieren. Und die »Adaptiv-Pragmatischen« wollen mit Gemeinnützigkeit, wenn schon, persönliche Interessen verbinden. Sie machen die Mitte, die große Mehrheit aus. Sie können sich Freiwilligendienste oder Au-Pair-Zeiten vorstellen – nach der Schule. Eine fast ebenso große Zahl Jugendlicher heißt in der Sprache der Jugendstudie die »Expeditiven«. Sie haben trotz hoher Leistungsbereitschaft eine »gepflegte Abneigung« gegen die Schule und wollen sich lieber außerhalb entwickeln. Ihr Engagement ließe sich wohl am ehesten durch Kunst und kreative Möglichkeiten locken.

Andere politische Agenda

Nur die, die mittlere bis höhere Schulen besuchen, werfen überhaupt einen Blick in Richtung Politik, so die Sinus-Studie. Der etablierte Betrieb, den sie da sehen, langweilt sie zutiefst. »Die Politik und die Politiker, auch die Politikerinnen, sind so unattraktiv, das wollen sie nicht verkörpern«, sagt Nicole Howe. Sie ist Referentin für Mädchenarbeit beim Landesjugendring in Schleswig-Holstein. Das ist der Dachverband der Feuerwehr- und Landjugend, der PfadfinderInnen und kirchlichen Jugendverbände, der Jugendwerke der Sozialverbände und der Sportjugend. Zweidrittel Jungen und ein Drittel Mädchen engagieren sich dort.

»Die Bereitschaft, sich für das soziale Umfeld einzusetzen, ist da. Jugendliche haben durchaus eine politische Agenda«, haben die AutorInnen der Jugendstudie herausgefunden. »Sie thematisieren Ungerechtigkeit in der Gesellschaft. Sie haben den Wunsch, Lebensräume zu gestalten, und sie suchen nach Sprachrohren, die ihre Probleme, Sehnsüchte und Interessen in ‚ihrer‘ Sprache artikulieren.« Nur, der Fokus liege dabei auf der Gegenwart und dem Machbaren, nicht mehr bei gesellschaftlichen Utopien.

»Alles, was man braucht, um zu partizipieren, lernt man, wenn man sich

beteiligt.« Das sagte schon die britische Politologin Carole Pateman in den Siebzigerjahren. »Das stimmt nicht ganz«, widerspricht die Politikwissenschaftlerin Geißel. »Bestimmte Kompetenzen müssen vorher erworben werden. Zum Beispiel: Argumente so einzubringen, dass sie gut ankommen. Das ‚Framing‘ können die meisten nicht von vornherein, es lässt sich aber trainieren.«

So ein Training ist zum Beispiel unsere Jugendleiterausbildung«, erzählt Howe vom Landesjugendring Schleswig-Holstein. »Die Jugendlichen lernen da, Kinder zu beaufsichtigen und ihnen ein Programm anzubieten. Sie übernehmen Verantwortung und bekommen von außen gespiegelt: ‚Du kannst das!‘« Jugendarbeit kann die Selbstwirksamkeitsüberzeugung unterstützen.

Und nicht-institutionelle Formen der Partizipation können den mangelnden Zugang bestimmter Gruppen wie junge Menschen oder Frauen zur demokratischen Entscheidungsfindung ausgleichen. Das ist das Ergebnis einer Studie von Sofie Marien, Marc Hooghe und Ellen Quintelier aus dem Jahr 2010, die Zahlen aus 25 Ländern einbezieht. Demonstrieren, Petitionen unterzeichnen, ökologisch und sozial bewusst einkaufen oder politische Zeltlager können Formen sein, die gerade für Frauen und jüngere Leute die Möglichkeit bieten, ihren Meinungen Gewicht zu verleihen.

Wie allerdings auch weniger Gebildete in die politische Willensbildung einbezogen werden können, dazu zeichnet sich keine Lösung ab, konstataren die ForscherInnen sorgenvoll. Bleibt also doch die Schule gefragt, durch die alle hindurchgehen. Sie muss sich verstärkt Gedanken machen, wie sie sich mit dem wirklichen Leben verzahnt und echte Fragestellungen in Angriff nimmt. Und wie sie die grundlegende Einstellung fördern kann: Selbstwirksamkeitsüberzeugung.

Birgitta M. Schulte ist freie Journalistin und Coach für Führungskräfte im Bildungsbereich in Frankfurt am Main.